

MUSTERREDE

Aufwärts mit Deutschland – jetzt den Aufschwung wählen

Wenn am 6. März kurz nach 18.00 Uhr die ersten Hochrechnungen auf dem Bildschirm erscheinen, haben Sie über Deutschlands Zukunft entschieden. Dann läßt sich nichts mehr rückgängig machen.

Die Wahl erhält durch die rotgrünen Maschinenstürmer eine ungewöhnliche Bedeutung: Sie entscheiden nämlich zwischen

- einer Regierung der Mitte unter Führung von Helmut Kohl oder
- einem rotgrünen Linksbündnis unter Hans-Jochen Vogel.

Damit ist diese Wahl so wichtig wie die Wahl im Jahre 1949. Denn es geht um eine schwerwiegende politische Richtungsentscheidung. Sie müssen wählen zwischen

- Wirtschaftsaufschwung und sozialer Sicherheit mit der CDU oder
- Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit mit der SPD.

Sie müssen wählen zwischen

- der Freundschaft mit dem Westen, Abrüstung und Sicherheit mit der CDU oder
- der SPD-Schaukelpolitik zwischen Ost und West, die mit weniger Sicherheit und politischer Kapitulation vor der sowjetischen Übermacht verbunden ist.

Sie entscheiden am 6. März über Ihre eigene Zukunft und die Ihrer Kinder, Sie entscheiden über die Zukunft unseres Landes. Niemand soll nach der Wahl sagen, er habe nicht gewußt, welche Konsequenzen sich aus seiner Stimmabgabe für ihn und unser Land ergeben.

Es geht im wesentlichen um zwei Aufgaben:

- Den Aufschwung sichern und Arbeit schaffen,
- Frieden und Sicherheit erhalten.

Entscheiden Sie, daß es in Deutschland wieder aufwärts geht!

Entscheiden Sie sich dafür, daß in Deutschland wieder eine ehrliche, vernünftige und zuverlässige Politik gemacht wird. Dreizehn Jahre lang hat die SPD alles versprochen und wenig gehalten.

CDU-Politik:

- *ehrlich*
- *vernünftig*
- *zuverlässig*

Die Rentenlüge von 1976, die Haushaltslüge von 1980 und die versuchte Mietenlüge von 1982 zeigen, wie die SPD mit dem Wähler und mit der Wahrheit umgeht. Der SPD-Abgeordnete Gansel hat bereits in der ersten Fraktionssitzung nach der Bundestagswahl 1980 festgestellt: „1976 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage bei den Renten. 1980 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage der Staatsfinanzen. Ich schlage vor, 1984 die Wahlen um vierzehn Tage zu verschieben.“ Das ist nun nicht mehr nötig, denn die Regierung Helmut Kohl hat dem Wähler vor der Wahl reinen Wein eingeschenkt.

CDU für Wahrheit im Wahlkampf

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zum Wahlkampfstil von SPD und FDP machen. Die CDU ist an einem sachlichen, fairen und der Wahrheit entsprechenden Wahlkampf interessiert. Deshalb haben wir auch einem entsprechenden Abkommen und der Errichtung einer Schiedsstelle zugestimmt. Generalsekretär Heiner Geißler hatte vorgeschlagen, die Parteien sollten auf „die Verbreitung bewußter Unwahrheiten“ verzichten.

SPD-Wahl- kampf auf kurzen Beinen

Bezeichnenderweise hat die SPD das abgelehnt. Das sagt alles über den Wahlkampfstil der SPD. Erinnern wir uns nur an die Mietenlüge, die wir entlarvt haben. Lügen haben kurze Beine. Die SPD geht mittlerweile auf dem Zahnfleisch.

Und nun ein Wort zur FDP. Als Koalitionspartner ist sie uns willkommen; aber über Koalitionen wird nach der Wahl entschieden, vor der Wahl kämpfen wir um jede Stimme.

FDP will Wähler für dumm verkaufen

Mit ihrer Zweitstimmenkampagne erweckt die FDP den Eindruck, als wenn die Zweitstimme weniger wichtig sei. Das Gegenteil ist richtig: Allein die Zweitstimme entscheidet über die Stärke von CDU und CSU im Bundestag, sie allein entscheidet darüber, ob Helmut Kohl Kanzler bleibt. Wir lassen uns von der FDP nicht für dumm verkaufen. Wir haben keine Stimme zu verschenken. Deshalb sagen wir auch: Beide Stimmen für die CDU.

SPD-Bilanz:
eine
Katastrophe

Die Bilanz nach dreizehn Jahren SPD-Regierung ist ein politischer und sozialer Skandal. Die SPD hat uns die schwerste Wirtschaftskrise seit 1949 beschert. Nicht umsonst wird SPD so buchstabiert: S wie Schulden, P wie Pleiten, D wie Dauerarbeitslosigkeit.

Damit bestätigt sich wieder die alte Volksweisheit: Sozialisten können nicht mit Geld umgehen und verstehen nichts von Wirtschaft. Sozialisten sind wahrlich politische Spezialisten: Sie kriegen selbst die gesündeste Wirtschaft kaputt und ruinieren auch den solidesten Staatshaushalt.

Ich wundere mich daher über die Leute, die glauben, die SPD habe sich in den wenigen Monaten Opposition so geändert, daß sie schon wieder regierungsfähig sei.

„Genossen,
wählt Union!“

Selbst das eingeschriebene SPD-Mitglied Professor von Krockow bezweifelt das und ruft in der ZEIT (Nr. 5 vom 28. Januar 1983) öffentlich dazu auf: „Genossen, wählt die Union.“ Er liest der SPD kräftig die Leviten und meint:

- Die SPD ist nach wie vor total zerstritten.
- Die SPD würde sich niemals auf notwendige Sparmaßnahmen einigen können.
- Die SPD ist in der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsunfähig.

Recht hat er. Die SPD hat aus ihren Fehlern nicht gelernt. Deshalb darf sie auch nicht schon wieder regieren, sie braucht eine längere Erholungspause in der Opposition.

Die Regierung Helmut Kohl schafft den Aufschwung

Keine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat jemals solch ein schweres Erbe übernommen wie die Regierung Helmut Kohl. Keine Regierung kann daher in wenigen Monaten wieder ausbügeln, was die SPD in dreizehn Jahren angerichtet hat. Doch die Regierung Helmut Kohl hat mit ihrem Dringlichkeitsprogramm die Weichen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit gestellt. Unsere Bilanz nach drei Monaten Regierungstätigkeit kann sich sehen lassen.

Regierung
Helmut Kohl:
ermutigende
Zwischenbilanz

Die ersten Erfolge unserer Politik sind jetzt schon sichtbar:

- die Zinsen sinken,
- die Preise sind stabiler,
- die Mark steigt im Wert,
- es wird gebaut,
- die Wirtschaft faßt wieder Tritt.

Glaubt denn jemand ernsthaft, daß diese Erfolge unter einer SPD-Regierung möglich gewesen wären?

Die Zinsen sinken

Die Zinsen sinken auf breiter Front. Seit Oktober 1982 hat die Bundesbank die Leitzinsen zweimal um jeweils ein Prozent gesenkt. Zinssenkungen sind auf Dauer das beste Investitions- und Beschäftigungsprogramm: Ein Prozent Zinssenkung entlastet die Wirtschaft um sieben bis acht Milliarden Mark. Ein Prozent niedrigere Hypothekenzinsen entlasten Eigenheimbesitzer und Bauherren bis zu 150 Mark monatlich.

Den Zinssenkungen verdanken bereits jetzt 500 000 Mieter eine Senkung ihrer Miete, und bei allen Bürgern verbessert sich das verfügbare Einkommen. Wir vermehren das Geld nicht beim Staat, sondern in der Hand des Bürgers und der Wirtschaft, die mit Geld sinnvoller umgehen können als jede Staatsbürokratie.

Die Preise sind stabiler

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist die Preissteigerungsrate von 4,6 Prozent im Dezember 1982 auf 3,9 Prozent im Januar 1983 gefallen. Damit sind die Lebenshaltungskosten erstmals seit vier Jahren um weniger als 4 Prozent gestiegen. Auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte gehen deutlich zurück, und die Benzin- und Heizölpreise bröckeln ab. Die Inflationsrate sinkt, die Bürger bekommen mehr für ihr Geld.

Die Mark nimmt an Wert zu

Auch gegenüber den anderen Währungen hat die Deutsche Mark spürbar an Wert gewonnen. Die Urlauber erhalten im Ausland mehr für ihr Geld.

Der Wohnungsbau kommt in Schwung

Die von der Regierung Helmut Kohl verabschiedeten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus zeigen schon nach wenigen Wochen erste überzeugende Erfolge. In Frankfurt z. B. hat sich das Volumen der Bauanträge bereits um 60 Prozent erhöht. In Städten wie Stuttgart, Düsseldorf oder Köln sieht es ähnlich positiv aus. Die Versicherungswirtschaft will 1983 über eine Milliarde Mark in neue Wohnungen investieren.

Zur Ankurbelung des sozialen Mietwohnungsbaus hat die Bundesregierung für die Jahre 1983 und 1984 rund 4,4 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Die Eigenheimbauer werden durch die Bausparzwischenfinanzierung mit 550 Millionen Mark gefördert. Bereits jetzt sind Anträge für 55 000 neue Wohnungen gestellt.

Mit allen diesen Maßnahmen bauen wir über 100 000 neue Wohnungen, sichern wir 200 000 gefährdete Arbeitsplätze und schaffen wir zusätzliche Arbeitsplätze in der Bauindustrie. Und wenn Wohnungen gebaut werden, dann kaufen die Leute Teppiche und Vorhänge, Möbel und Elektrogeräte — auch das schafft neue Arbeitsplätze. Kein Wunder, daß die Gewerkschaften diese Politik unterstützen. Und wir haben auch die Mieter auf unserer Seite; denn der beste Mieterschutz besteht darin, mehr Wohnungen zu bauen.

Deshalb wird unsere Wohnungsbaupolitik von den Leuten auch akzeptiert. Allerdings: Der SPD-Kandidat Vogel lehnt unsere Politik ab. Und deswegen sagen wir allen Arbeitern und Angestellten:

Wer am 6. März SPD wählt, zerstört seinen eigenen Arbeitsplatz. Unsere Politik beschäftigt mehr Maurer und Handwerker, Vogels Politik beschäftigt die Wohnungsämter.

Die Maßnahmen der Bundesregierung haben die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsbelebung geschaffen. Die Wirtschaft kommt wieder in Fahrt.

Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind im November 1982 saisonbereinigt um 6 Prozent gestiegen. Die Inlandsnachfrage hat kräftig zugenommen; im Investitionsgütergewerbe gehen mehr Aufträge ein. Auch der private Verbrauch nimmt zu, wovon besonders die Automobilhersteller profitieren werden.

Ich fasse zusammen:

Schon nach wenigen Monaten gibt es eindeutige Anzeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Wir sind also auf dem richtigen Weg. Denn nur durch einen wirtschaftlichen Aufschwung kann die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden. Wirtschaftswachstum und Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen.

Wer — wie die Rotgrünen — Wirtschaftswachstum nicht will, der gefährdet Arbeitsplätze und der gefährdet den sozialen Frieden.

100 000 neue
Wohnungen,
200 000
gesicherte
Arbeitsplätze

CDU beschäf-
tigt Handwer-
ker, die SPD
dagegen
Bürokraten

Die Wirtschaft
faßt wieder
Tritt

**Die Menschen
fassen
wieder Mut**

70 Prozent der Bevölkerung trauen uns eher als den Sozialisten zu, daß wir mit der Wirtschaftskrise fertig werden. Und sie haben recht. Durch den Wirtschaftsaufschwung, der sich schon andeutet, fassen die Menschen wieder Mut. Schauten Ende 1981 nur 32 Prozent der Bevölkerung mit Hoffnung in die Zukunft, so sind es jetzt bereits 41 Prozent (Umfragen des Instituts für Demoskopie, Allensbach). Das hat ganz sicher auch unsere Politik bewirkt. Die Leute haben wieder Hoffnung. Und da gehen die Sozialdemokraten hin und machen den Menschen Angst, weil ihnen unsere Erfolge politisch nicht in den Kram passen.

**Sparen für den
Aufschwung
und soziale
Sicherheit**

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, waren Sparmaßnahmen erforderlich, denn nur so können Arbeitsplätze gesichert und die finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes gefestigt werden.

Wir haben dafür gesorgt, daß die notwendigen Belastungen gerecht und ausgewogen verteilt werden und daß alle Schichten der Bevölkerung ihren solidarischen Beitrag zu diesem Gemeinschaftswerk leisten. Wer ein höheres Einkommen hat, soll auch mehr zur Sicherung unserer sozialen Leistungsfähigkeit beitragen.

**Belastungen
gerecht verteilt**

Ich will Ihnen dafür ein Beispiel geben: Wir haben die notwendigen Kürzungen beim Kindergeld nicht pauschal vorgenommen, sondern an Einkommensgrenzen gebunden. Deshalb sind davon nur Eltern mit höherem Einkommen (über 100 000,— DM steuerpflichtige Einkommen pro Jahr) betroffen. Die SPD dagegen hat den Arbeiter wie den Generaldirektor über den gleichen Kamm geschoren. Mit dieser sozialen Politik haben wir Schluß gemacht.

So geht es mit der Regierung Helmut Kohl weiter aufwärts

Die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl muß fortgesetzt werden, wenn wir das Erreichte bewahren und ausbauen wollen; denn sie konnte in den wenigen Monaten nur das Notwendigste unternehmen, um uns alle vor Schlimmerem zu bewahren.

In den nächsten vier Jahren werden wir schwerpunktmäßig folgende Aufgaben anpacken:

(Hinweis: Der Redner kann anhand des Wahlprogramms und der sonstigen Unterlagen der CDU-Bundesgeschäftsstelle die ihm wichtig erscheinenden Punkte näher erläutern)

Unser
Programm in
zehn Punkten

1. Wir werden private und öffentliche Investitionen fördern durch Steuersenkungen, die insbesondere dem Mittelstand zugute kommen.
2. Wir werden die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand fördern, denn Produktivkapital in Arbeitnehmerhand stärkt die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und beteiligt die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Ertrag.
3. Wir werden ungerechtfertigte Steuersubventionen abbauen, damit sich künftig Bürger ihrer Steuerpflicht nicht mehr ganz oder überwiegend entziehen können.
4. Wir werden mehr Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung sowie eine flexiblere Lebensarbeitszeit ermöglichen.
5. Wir werden die Gleichberechtigung der Frau überall dort durchsetzen, wo sie noch nicht erreicht ist.
6. Wir werden den Familienlastenausgleich verbessern, denn wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat.
7. Wir werden sicherstellen, daß auch in Zukunft die Renten wie die Einkommen der Arbeitnehmer weiter steigen, denn die Union ist Anwalt der älteren Mitbürger.
8. Wir werden den Wald schützen und gegen das Baumsterben ein Aktionsprogramm entwickeln, denn unsere natürlichen Lebensgrundlagen sollen erhalten bleiben.
9. Wir wollen eine Gemeinschaft mit menschlichem Gesicht, in der über den materiellen Wohlstand hinaus Werte zählen, ohne die man nicht leben kann: Menschlichkeit, Geborgenheit und Zuverlässigkeit.
10. Bundeskanzler Helmut Kohl setzt sich ganz persönlich dafür ein, daß alle jungen Menschen Ausbildung und Arbeit bekommen. Bereits für dieses Jahr hat er dabei einen ersten wichtigen Erfolg erzielt: Industrie und Handwerk haben ihm 30 000 zusätzliche Ausbildungsplätze verbindlich zugesagt. Damit ist jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz sicher. Auch dieses Beispiel zeigt: Die Regierung Helmut Kohl handelt entschlossen und hat Erfolg. So hat sie auch die Weichen für den wirtschaftlichen Aufschwung gestellt.

So würde es mit der SPD und den Rotgrünen wieder abwärts gehen

*SPD ist
unbelehrbar*

Die SPD setzt in ihrem Wahlprogramm auf staatliche Wirtschaftslenkung, auf unbezahlbare Versprechungen, auf noch mehr Belastungen für die Wirtschaft und auf noch höhere Staatsverschuldung. Das ist das Konzept einer Partei, die so stolz auf ihre Geschichte ist. Die Sozialisten haben nicht viel dazu gelernt, sie sind die Ewiggestrigen der deutschen Politik.

Wir können die Sozialisten nicht mehr ändern, aber wir werden verhindern, daß sie sich mit dieser Politik durchsetzen und den beginnenden Aufschwung wieder kaputt machen.

*Neue SPD-
Regierung:
ein Alptraum*

Käme die SPD wieder an die Regierung, so stände uns folgendes bevor:

1. Die SPD setzt die Schuldenmacherei fort.

Der SPD-Kandidat Vogel will alle notwendigen Sparmaßnahmen zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft wieder rückgängig machen und gleichzeitig neue, nutzlose Strohfeuerprogramme in Milliardenhöhe auflegen. Die Folge: Die Staatsverschuldung wächst, die Zinsen steigen, es wird weniger investiert, es gibt noch mehr Arbeitslose.

2. Die SPD würgt den Wohnungsbau ab.

Der SPD-Kandidat Vogel lehnt bekanntlich unsere Wohnungsbaupolitik ab. Die Folge: Der Aufschwung in der Bauwirtschaft wird abgewürgt. Die Folge: Es werden weniger Wohnungen gebaut, die Mieten steigen, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

3. Die SPD verhindert Zukunftstechnik.

Der SPD-Kandidat Vogel will Investitionen für zukunftsweisende Technologien — z. B. im Energie- und Medienbereich — blockieren. Die Folge: Zigtausend neue Arbeitsplätze in krisensicheren Berufen werden gar nicht erst geschaffen. Und die deutsche Industrie verliert ihren Weltstandard, sie wird zweitklassig.

Eines ist klar: Die SPD hat die heutige Arbeitslosigkeit zu verantworten. Und jetzt schrecken die Sozialdemokraten nicht davor zurück, uns dafür verantwortlich zu machen. Dabei weiß jeder, daß Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine längere Anlaufzeit benötigen, bevor sie sichtbar wirken. Und die SPD glaubt nun tatsächlich, sie könne ausgerechnet

SPD und
Rotgrüne:
Gefahr für
Wohlstand
und soziale
Sicherheit

mit den Rotgrünen die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen. Dabei würden sie in Wahrheit unsere Volkswirtschaft ruinieren und unseren Wohlstand aufs Spiel setzen.

Der SPD-Kandidat Vogel will sich mit den Stimmen der Rotgrünen zum Kanzler wählen lassen; Vogel im Originalton: „Die Grünen müssen sich fragen, ob sie lieber einen Bundeskanzler Kohl oder mich wollen... Ich habe noch nie Stimmen zurückgewiesen, die mir... gegeben worden sind.“ („Die Bunte“, 2. 12. 1982) Vogel macht's wie Börner. Der wollte vor der Wahl mit Dachlatten auf die Grünen los und buhlt jetzt um ihre Unterstützung.

Jeder muß wissen, was das Bündnis der SPD mit den Rotgrünen bedeuten würde: Wirtschaftskrise als Dauerzustand, das Ende der sozialen Sicherheit, noch mehr Arbeitslose.

Entscheiden Sie, daß wir Frieden schaffen mit weniger Waffen

Regierung
Helmut Kohl:
Frieden
mit weniger
Waffen

In Frieden und Freiheit zu leben, das ist die große Sehnsucht aller Menschen, vor allem von uns Deutschen, die wir aus der schrecklichen Erfahrung zweier Kriege in diesem Jahrhundert gelernt haben.

In seiner Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 hat Bundeskanzler Helmut Kohl gesagt:

„Frieden schaffen ohne Waffen — das ist ein verständlicher Wunsch, aber eine gefährliche Illusion.“

Frieden schaffen nur durch Waffen — das wäre eine tödliche Verblendung.

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: Das ist die große Aufgabe unserer Zeit.“

Die Regierung Helmut Kohl will abrüsten. Sie wird deshalb alles tun, damit die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West möglichst bald zu einem erfolgreichen Abschluß kommen. Wir wollen ausgewogene und nachprüfbare Abrüstung auf möglichst niedrigem Niveau.

Bei allen Abrüstungsschritten darf das jeweilige militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West jedoch nicht außer acht gelassen werden.

Die Sowjetunion darf nicht durch eine militärische Unterlegenheit des Westens dazu verführt werden, den Frieden und die Freiheit Westeuropas zu bedrohen.

Deshalb geht es bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf vor allem um die sowjetischen Mittelstreckenraketen, die unser Land unmittelbar bedrohen, ohne daß das westliche Bündnis dem etwas entgegenzusetzen hätte. Wir wollen, daß diese einseitige Überrüstung der Sowjetunion verschwindet. Darüber verhandeln die USA mit der Sowjetunion in Genf.

Fahrplan zur Abrüstung

Das ist der einfache Sinn des NATO-Doppelbeschlusses. Er ist ein Fahrplan zur Abrüstung. Jetzt sagt die Sowjetunion, sie wolle statt dreihundert Raketen nur noch einhundertsechzig Raketen, und der Rest werde hinter den Ural transportiert. Und darauf sagt der SPD-Kandidat Vogel, der Westen brauche nicht mehr nachzurüsten, also das Gleichgewicht nicht mehr herzustellen. Was bedeutet denn das?

Das bedeutet die Anerkennung des Raketenmonopols der Sowjetunion, und das hätte die Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten zur Folge.

Auf diese gefährlichen Spielereien lassen wir uns nicht ein. Wir wollen keine dreihundert Raketen, wir wollen weder hundertsechzig noch hundert Raketen, wir wollen überhaupt keine Raketen in Europa.

Ich habe ja keine Angst vor amerikanischen Raketen, die es überhaupt noch nicht gibt, sondern ich fühle mich bedroht durch die sowjetischen Raketen, die schon auf unsere Städte gerichtet sind.

H.-J. Vogels merkwürdige „Partner“

Aber der Herr Vogel blickt da noch nicht durch, er ist in Moskau dem Genossen Andropow auf den Leim gegangen.

Jetzt redet er sogar schon von einer Sicherheits-Partnerschaft mit der Sowjetunion. Das muß man sich einmal vorstellen: Er nennt die Leute Partner, die ihre Raketen auf uns gerichtet haben!

Unseren westlichen Freunden, vor allem den USA, Frankreich und Großbritannien, ist der SPD-Kandidat in den Rücken gefallen. Er hat die gemeinsame Verhandlungsposition des Westens verlassen. Die SPD ist außenpolitisch isoliert. Der französische Staatspräsident Mitterrand — ein überzeugter Sozialist — hat sich in seiner großen Rede vor dem Deutschen Bundestag von dieser Politik der SPD distanziert.

*Moskaus
Hoffnung*

Für ihre Politik haben die SPD und ihr Kandidat nur Beifall im Osten erhalten. Kein Wunder, daß Andropow zu Vogel in Moskau sagte: „Wir hoffen, daß Sie an die Regierung kommen.“ (Spiegel vom 24. Januar 1983)

Wir hoffen, daß die deutschen Wähler das verhindern; denn die SPD gefährdet mit ihrer Politik einen Abrüstungserfolg in Genf und schadet den deutschen Interessen.

SPD und Rotgrüne: Das ist der Weg in den Neutralismus und in die außenpolitische Isolierung. Das wäre die politische Kapitulation vor dem Machtanspruch der Sowjetunion.

Bundeskanzler Helmut Kohl dagegen hat die Freundschaft mit unseren Partnern im Westen gefestigt. Das hat unsere Verhandlungsposition gegenüber dem Osten gestärkt. Der Wahlerfolg der Regierung Helmut Kohl am 6. März ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen in Genf. Solange die Sowjetunion darauf hoffen kann, daß eine SPD-Regierung ihre Überrüstung ohne Gegenmaßnahmen anerkennt, wird sie ihre Mittelstreckenraketen, die uns unmittelbar bedrohen, nicht abbauen.

Entscheiden Sie, daß Helmut Kohl Kanzler bleibt

*H.-J. Vogel:
ein politischer
Verwandlungs-
künstler*

Lassen Sie mich zum Schluß kommen: Am 6. März entscheiden Sie, ob Helmut Kohl Kanzler bleibt.

Sie haben vermutlich die Wahlplakate gesehen, auf denen der SPD-Kandidat Vogel sich als Verwandlungskünstler darstellt — mal mit Jacke und mal hemdsärmelig, mal im Pull-over und mal im staatsmännischen Nadelstreifen, mal mit und mal ohne Brille. Uns interessiert hier mehr der politische Verwandlungskünstler Vogel:

- der in München mit den Rechten in der SPD gegen die Linken in der Partei gekämpft und verloren hat,
- der uns in Bonn als Wohnungsminister „das am schlechtesten und unsozialsten funktionierende Mietrecht im internationalen Vergleich“ (Süddeutsche Zeitung, 31.12.1982) beschert hat,
- der als Justizminister vier Gesetze vorgelegt hat, die vom Bundesverfassungsgericht als teilweise verfassungswidrig aufgehoben wurden,

- der in Berlin die strafrechtliche Verfolgung von Hausbesetzern unterlassen hat; während seiner Amtszeit wurde durchschnittlich ein Haus pro Tag besetzt,
- der mit seiner Außenpolitik unser Land vom westlichen Bündnis abkoppelt und
- der jetzt mit Hilfe der Rotgrünen um jeden Preis an die Macht kommen will.

*H.-J. Vogel ist
nicht gut für
Deutschland*

Ich mißtraue einem Politiker, der als Juso-Fresser begonnen hat und jetzt als Rotgrüner Kanzler werden will. Vogel war nicht gut für München, er war nicht gut für Bonn und Berlin. Vogel ist erst recht nicht gut für Deutschland:

Und dann vergleichen Sie einmal mit welcher Mannschaft Helmut Kohl regiert und mit wem H.-J. Vogel an die Macht will. Bei Helmut Kohl nenne ich beispielsweise gestandene Politiker wie Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm, Manfred Wörner und Heiner Geißler.

H.-J. Vogel dagegen stützt sich auf eine bunt zusammengewürfelte Truppe von politisch Gescheiterten: Da soll z. B. so jemand wie Egon Bahr entscheidenden Einfluß auf die deutsche Außenpolitik bekommen!

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Weichen für den Aufschwung, für mehr Arbeit und soziale Sicherheit gestellt. Er hat die Freundschaft mit dem Westen gefestigt, und er hat das Gespräch mit dem Osten weitergeführt.

*Helmut Kohl
muß Kanzler
bleiben*

Was die Bundesregierung unter Helmut Kohl in wenigen Monaten geleistet hat, kann sich sehen lassen. Seine Politik muß fortgesetzt werden. Entscheiden Sie sich am 6. März für den Aufschwung. Für eine Zukunft in Frieden und Freiheit.

**AUFWÄRTS MIT DEUTSCHLAND —
JETZT DEN AUFSCHWUNG WÄHLEN
BEIDE STIMMEN FÜR DIE CDU!**